

Friedens nicht tatenlos einer solchen gefährlichen Entwicklung in Europa gegenüberstehen konnte.

Das ist die Lage. Und deshalb der Vorschlag der Sowjetunion, die Verschärfung aufzulösen durch die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, wobei im gegenwärtigen Augenblick solche Verträge, wie der Pariser Vertrag, der Nordatlantik-Pakt, der Warschauer Vertrag,* bestehen bleiben könnten.

In der ersten Etappe der Verwirklichung dieses Sicherheitssystems sollte ein Vertrag abgeschlossen werden, der die Anwendung von Waffengewalt gegeneinander ausschließt und dazu verpflichtet, alle Streitigkeiten, die zwischen den beteiligten, europäischen Staaten auftreten könnten, mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Aber jedermann versteht, wenn man jetzt ein solches System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen beginnen würde, daß dann den bestehenden militärischen Abkommen die Schärfe und die Zuspitzung genommen würde, daß die Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden könnte zwischen den europäischen Staaten, die den zwei bestehenden Staatengruppierungen angehören, daß die Minderung der Spannungen in Europa eintreten könnte.

Im Ergebnis einer solchen Politik friedlicher Verständigung könnte man in der zweiten Etappe den Pariser Vertrag, die Nato, den Warschauer Vertrag, auflösen und die ausländischen Truppen auf europäischen Territorien zurückziehen zugunsten der Wirksamkeit des dann allumfassenden Vertrages über die kollektive Sicherheit der Völker Europas.

Das Ergebnis der Genfer Konferenz und der anschließende Besuch der Genossen N. A. Bulganin und N. S. Chruschtschow in unserer Republik haben zu einer wesentlichen Stärkung der internationalen Autorität der Deutschen Demokratischen Republik geführt.

In der Direktive der vier Regierungschefs heißt es im Zusammenhang mit der Lösung der deutschen Frage:

„Die Außenminister können beliebige Maßnahmen durchführen, die sie bezüglich der Teilnahme oder Konsultation anderer interessierter Parteien für wünschenswert erachten.“

Das bedeutet, daß die Existenz zweier deutscher Staaten mit verschiedenem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System nicht mehr zu ignorieren ist, daß ferner die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik auf der Außenministerkonferenz im Oktober zu Worte kommen sollen. Mit anderen Worten, die Regierungen der Westmächte müssen die fortschrittliche Entwicklung der letzten zehn Jahre in unserem Teil Deutschlands zur Kenntnis nehmen und damit die Existenz des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland als reale Tatsache hinnehmen. Sie müssen weiterhin anerkennen, daß der Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik „Die deutsche Frage kann ohne die Deutschen selbst nicht gelöst werden“ ein realer Standpunkt ist, den das deutsche Volk im Gegensatz zur Bonner Regierung immer mehr als seinen nationalen Standpunkt betrachtet

Es ist klar, daß das eine weitere schwere Niederlage der westdeutschen Großbourgeoisie, ihrer Adenauer-Regierung, ihrer gesamten Politik bedeutet. Alle Spekulationen sind damit zerplatzt, die darauf hinauslaufen, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands auf Kosten der Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik möglich wäre.